

## 47. Bemessung des Grundgehalts

### 47.1.1

<sup>1</sup>Zeiten, die vor der erstmaligen Ernennung zum Richter, zur Richterin, zum Staatsanwalt oder zur Staatsanwältin im Beamtenverhältnis zu einem in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 genannten Dienstherrn verbracht wurden, werden aufgrund der damit erworbenen höheren Berufserfahrung berücksichtigt. <sup>2</sup>Wird der Beamte oder die Beamtin in ein Amt der Besoldungsgruppe R 2 berufen, sind bei der Stufenzuordnung die beiden ersten nicht mit einem Wert belegten Stufen zu berücksichtigen.

**Beispiel:**

*<sup>1</sup>Ein Beamter der Besoldungsgruppe A 14 wird nach sieben Jahren im Beamtenverhältnis zum Richter der Besoldungsgruppe R 2 berufen. <sup>2</sup>Er wird der Stufe 4 zugeordnet. <sup>3</sup>Der Aufstieg nach Stufe 5 erfolgt in einem Jahr.*

### 47.1.2

<sup>1</sup>Stufenwirksame Vordienstzeiten in der A-Besoldung werden in vollem Umfang bei der Bemessung des Grundgehalts in den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 angerechnet, einer erneuten Antragstellung und Entscheidung hierüber bedarf es nicht. <sup>2</sup>Die Grundsätze der Berücksichtigung von Beamtendiensten beziehungsweise richterlichen oder staatsanwaltlichen Dienstzeiten beim Wechsel von der A-Besoldung in die R-Besoldung (und umgekehrt) entsprechen einander zur Sicherung der Mobilität.

### 47.1.3

Ergänzend wird auf die Nrn. 30 und 31 hingewiesen (vergleiche insbesondere zur Frage der Stufenneuordnung bei einem Wechsel aus einem Amt der Besoldungsordnung A in ein Amt der Besoldungsordnung R Nrn. 30.1.4 und 30.1.7).